

Jornada Venezolana (11. April 2014)



Bienvenida

Prof. Dr. Yvette Sánchez, Direktorin des CLS-HSG, begrüßte die über 60 Anwesenden und wies auf den aussergewöhnlichen Charakter der diesjährigen *Jornada* hin. Venezuelas wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte kann nicht als Erfolgsgeschichte gelesen werden. Nach Präsident Chávez' Tod fand eine rasche Destabilisierung statt, welche zu gewalttätigen Protesten führte, die das Land in den letzten Wochen erschütterten. Trotz erster Anzeichen der Entspannung als Folge der Bemühungen von UNASUR-Vertretern um Stabilität und sozialen Frieden, bleibt die Skepsis gross. Um Veränderungen hervorzurufen wird Präsident Maduro mit der Opposition ausführliche Verhandlungen führen müssen. Weiterhin beeinträchtigen ernsthafte Probleme das alltägliche Leben des Landes, zum Beispiel stark ansteigende Kriminalität, wuchernde Korruption, hohe Inflationsraten und Knappheit lebensnotwendiger Güter.

An dieser *Jornada* war die Privatwirtschaft für einmal kaum vertreten, was als klares Zeichen der im Land vorherrschenden Angst und Unsicherheit zu werten ist. Einige Schweizer Unternehmen haben Venezuela bereits verlassen oder die Handelsbeziehungen entweder abgebrochen bzw. auf ein Minimum reduziert.

Um aus der desolaten Situation herauszufinden ist ein konstruktiver Dialog erforderlich. Es gilt, vorwärts zu schauen, anstatt rückwärtsgewandt Schuldzuweisungen vorzunehmen.

Die Referate

Der bekannte Schweizer Financier und HSG-Alumnus **Dr. Henri Meier** verfasste vor 50 Jahren seine Dissertation zum Thema "Der Kapitalmarkt in der Wirtschaftsentwicklung Venezuelas". Im Referat berichtete er von den Erfahrungen in Venezuela Mitte der 60er Jahre. Das Land, vor allem seine urbanen Zentren, sei damals europäischen Staaten weit voraus und verfügte über modernste Technologien, weil die Regierung während etwa 25 Jahren den grössten Teil des Staatseinkommens über die sogenannten *financieras* in Unternehmensförderung investiert hatte. Der spätere Industrialisierungsgrad Venezuelas sollte nicht zuletzt aus den Anlagen dieser Investmentbanken stammen. Herr Meier plädierte – auch in der Schweiz – für eine Umwandlung von Ersparnissen in Investitionen, anstatt das Geld etwa in Pensionskassenfonds schlummern zu lassen, da Anlagen gesellschaftlichen Wohlstand entscheidend mitbestimmen. Ab den 70er Jahren stellte Venezuela seine Investitionspolitik ein und schüttete der Bevölkerung Geld aus, ohne eine produktive Gegenleistung zu fordern – ein Fehler, den andere sozialistische Staaten bereits zuvor begangen hatten. Zudem floss viel Geld aus dem Erdölgeschäft in die USA und mehrte so den Reichtum des nördlichen Nachbarn. Venezuela förderte die Unternehmenskultur nicht und generierte somit keinen Mehrwert; das Land verarmte schrittweise.





Ausgehend von Dr. Meiers Dissertation erforschte der HSG-Student **Jakob Ritter** in seiner Master-Arbeit die Entwicklung der venezolanischen Kapitalmärkte der letzten fünf Jahrzehnte. Er ging zunächst auf die verpasste Chance des "sembrar petróleo" ein, um langfristig mittels Investitionen aus den Erdöleinnahmen zu profitieren. Durch das Phänomen der *Dutch Disease* wurden Anlagen in anderen Wirtschaftssektoren unattraktiv. Der qualitative Vorsprung, der in den

sechziger Jahren dank weitsichtiger Anlagen gelungen war, ging ab 1983 verloren. Zur prekären ökonomischen Lage haben Faktoren wie der Rückzug von ausländischem Kapital einerseits und andererseits die in der Bevölkerung kaum existierende Sparmentalität beigetragen. Sparen macht in Anbetracht der galoppierenden Inflation denn auch keinen Sinn. Zudem führen die Überregulierung und staatliche Bevormundung der Banken (Banco Central de Venezuela, Bancos con Leyes Especiales) zu einer völligen Ineffizienz. Während im Bankensektor jährlich Milliarden Bolívares Verluste verzeichnet werden, für die der Staat aufkommen muss, sind lediglich 41 Unternehmen noch börsenkotiert, werden aber kaum gehandelt. Um Privatanleger anzuziehen schlägt Herr Ritter als kurzfristige Massnahmen vor, Gesetze zu verabschieden, die den Privatbesitz schützen. Handelsschranken sollten fallen, Rechnungslegungs- und Geschäftsberichtsstandards bedürften einer Revision und die Regulierungen seitens der Regierung müssten gelockert werden. Langfristig muss eine starke und unabhängige BCV garantiert werden.

Prof. Julia Buxton (Central European University in Budapest und der University of Swansea in Wales) gliederte ihren Vortrag in drei Teile. Zunächst zeigte sie die Errungenschaften und Schwachstellen der Chávez-Regierung auf. Der Chavismus verminderte die Ungleichheit und senkte die Armut; zudem liess er arme Bevölkerungsschichten sowie die vormals ausgeschlossene Linke am politischen Leben partizipieren. Bildung und Gesundheit wurden stark gefördert, und die Regierung war gender- und rassensensibel. Auf regionaler und internationaler Ebene trat er den wirtschaftlichen, kulturellen und energetischen Hegemonieansprüchen der USA entgegen und verlagerte den Fokus von der Förderung des Freihandels hin zu einer multipolaren Süd-Süd Entwicklung und Reduktion der Armut. Auf der institutionellen Ebene sprach Prof. Buxton eine Reihe von Missständen an: das Fehlen einer demokratischen Debatte innerhalb der PSUV, die Politisierung staatlicher Institutionen oder die Marginalisierung der Basisbewegungen. Neben der beschränkten Rechenschaftspflicht stellt die Korruption die stärkste Beeinträchtigung des Systems dar.



Neben den von den Vorrednern erwähnten, wirtschaftlichen Herausforderungen sprach Julia Buxton das Missverhältnis zwischen Quantität und Qualität im Wohlfahrtsstaat an. Die öffentlichen Ausgaben und Schulden stiegen allein im Jahre 2012 um drastische 67% an. Ein Grossteil der Einnahmen aus dem Erdöl gehen in undurchsichtige Unternehmen, während ausländische Firmen – zum Teil ohne Entschädigung – nationalisiert wurden; an Stelle der Unternehmer führen sie neu die Politiker. Das Fehlen jeglicher Sicherheit und eine enorm hohe Kriminalitätsrate runden das prekäre Szenario ab. Nicolás Maduros schlechter Start sowie der Druck seitens der Chavisten haben zu einem unklaren, zaghaften Kurs mit wenig überlegten bzw. unpopulären Entscheidungen geführt. Zudem haben die Proteste im Februar die Regierung unter anderem durch den massiven Gebrauch sozialer Medien überrascht.

Dr. Claudia Zilla (Stiftung Wissenschaft und Politik und Freie Universität Berlin) erörterte, wie im letzten Jahrzehnt verschiedene Präsidenten in Lateinamerika sich für eine politische Inklusion aller Gesellschaftsschichten stark gemacht hatten, allen voran Venezuelas Präsident Hugo Chávez. Mit der neuen Verfassung von 1999 schränkten jedoch mehrere Regierungsbeschlüsse und institutionelle Reformen den politischen Wirkungsraum verschiedener Akteure entscheidend ein. So wurden zum Beispiel legislative Befugnisse an die Exekutive übertragen. Zudem kam es zu einer Machtkonzentration in der Person des Präsidenten, der keine Kabinettsitzungen abhielt und eine uneingeschränkte Wiederwahl forderte. Die chavistische Regierung hat zwar in der Gleichstellung sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen mehr sozioökonomische Partizipation erreicht, dies jedoch auf Kosten einer politischen Ausgrenzung. Ausserdem ist es fraglich, inwiefern die erstrebte Integration angesichts der sehr hohen Inflation nachhaltig sein kann.



Carlos Pérez Rocholl von Schindler Ltd. stellte zunächst die Positionierung seines Unternehmens auf dem lateinamerikanischen Markt vor. Danach ging er auf die spezifischen Umstände in Venezuela ein, die eine Unternehmensgründung und -führung erschweren, da die staatlichen Regulierungen diesbezüglich wenig Handlungsspielraum lassen. Im dritten Teil seines Vortrags wies Herr Pérez Rocholl auf



kulturelle Unterschiede zwischen Venezuela und der Schweiz hin, die es zu berücksichtigen gilt: die zentrale Rolle der Familie oder der Religion, der Umgang mit der Zeit, Essgewohnheiten usw. Auch Herr Pérez Rocholl verwies auf die aus Sicht der Unternehmen äusserst schwierige Lage. In Venezuelas Wirtschaft sind Exporte ausserhalb der Erdölbranche mittlerweile praktisch inexistent, und Enteignungen haben in gewissen Sektoren den Handel behindert oder unterdrückt. Seit 2013 sind die Preise durchschnittlich um 53% gestiegen, und angesichts der Energiekrise besteht dringender Handlungsbedarf. Was die zukünftige Präsenz seines Unternehmens in Venezuela anbelangt, zeigte sich Herr Pérez Rocholl zurückhaltend.

María Gabriela Sarmiento, von Sarmiento Nuñez Consulting, ging von konkreten Fällen aus dem persönlichen Arbeitsalltag einer Juristin aus und zeigte, wie Rechtsberatung und Rechtshilfe in einem Land funktionieren können, in welchem Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsgarantien und Gewaltenteilung ständig gefährdet sind. Frau Sarmiento erklärte die Hintergründe und gab einen kleinen historischen Abriss ihres Familienbetriebs, der seit 1967 in Caracas ansässig ist. Trotz der komplizierten Umstände im Land und täglicher Irritationen führt die Anwältin das Büro beherzt weiter – teilweise von der Schweiz aus. Bürokratische Schikanen und korrupte, für Ausländer kaum verständliche Strukturen sowie monatelange Wartezeiten führen dazu, dass sich der logistische Aufwand als weit mühevoller erweist als die eigentliche juristische Arbeit. Es ist etwa durchaus üblich, dass man für die erfolgreiche Zuweisung einer Steuer Nummer um drei Uhr morgens aufstehen muss.

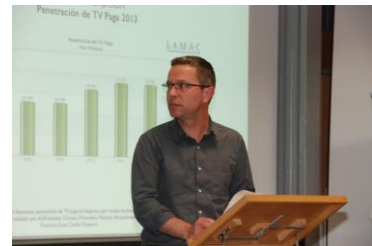




Caracas stand im Mittelpunkt der Analyse von HSG Alumnus **Thomas Meister**, der an Hand einer Auswahl von Gedichten und Fotos junger Künstler deren Perspektive auf die Stadt und stellvertretend dafür auf das ganze Land veranschaulichte. Die Bilder und Texte regten zur Analyse und Diskussion wichtiger aktueller Probleme an: Unsicherheit, Brain Drain, ideologische Auseinandersetzungen. So vermittelt uns der Dichter Santiago Acosta intime und

poetische Einblicke in den Alltag der venezolanischen Metropole sowie der ständig wachsenden Diaspora. "Este es nuestro tiempo, pero te haces vieja./lo dicen todo smis mis amigos , mis amigos derramados./descuartizados por todo el planeta. Mis amigos lejos de ti y de mi corazón. [...] El futuro es un pozo de negaciones, una cifra escrita en la vigilia,/una vena que no brota."

Malte Daniljuk widmete seinen Beitrag der Medienlandschaft Venezuelas. In einem historischen Exkurs zeigte der Referent, wie in der Periode des *Puntofijismo* das autoritäre Regime und die kommerziellen Mediendienstleister in keinem Widerspruch standen, sondern mehr in einer "symbiotischen Abhängigkeit". Chávez brach diese Regel, was die privaten Medien zu einer feindlichen Position gegenüber der Regierung provozierte. Letztere stärkte die öffentlichen Medien, ohne jedoch, so der Referent, die privaten zu schwächen. Dieser Prozess förderte die Entwicklung eines dritten Wegs, den der *Citizen Media*. Das Thema der Medienzensur gab Anlass zu einer hitzigen Diskussion.



Schlussbetrachtungen

PD Dr. Philippe Nell, Leiter des Ressorts The Americas im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), resümierte die wichtigsten Erkenntnisse des Tages und formulierte sein hoffnungsvolles Fazit.

Als Einstieg zitierte er Präsident Maduro in der *New York Times*: "Venezuela needs peace and dialogue to move forward. We welcome anyone who sincerely wants to help us to reach these goals."

Weiter unterstrich Dr. Nell die wichtige Rolle, die das CLS-HSG mit der Organisation der heutigen *Jornada* spielt. Es gelte, eine Bestandesaufnahme durchzuführen und mögliche Wege aus dem Teufelskreis zu suchen, in welchem Venezuela gegenwärtig steckt. Hierfür nannte Dr. Nell drei wesentliche Punkte.

1. Er unterstrich die Notwendigkeit, auf den Errungenschaften der Chávez-Ära aufzubauen, insbesondere in den Bereichen der Bildung und Gesundheit. Diese erwiesenen Fortschritte dürfen auf keinen Fall verloren gehen.
2. Der Referent gab zu bedenken, wie schwierig es sei, eine sozialistische Wirtschaft in einer kapitalistischen Welt aufrecht zu erhalten. Auf Grund eines seiner Besuche im Land zeigte er auf, dass venezolanische Unternehmen kaum effizienzorientiert arbeiten, was in der heutigen Wirtschaftslage makroökonomisch untragbar sei. Venezuela müsse unbedingt über andere Exportgüter als nur Erdöl verfügen, um eine nachhaltige Wirtschaft aufzubauen.

3. Die Gesellschaft als Ganzes sollte sich für diese Veränderungen engagieren, um die Wirtschaft wieder ins Lot zu bringen. Die Situation werde sich voraussichtlich noch verschlechtern, aber die daraus entstehenden grossen Opfer für die Bevölkerung scheinen unumgänglich, um Venezuela in eine bessere Zukunft zu führen.

